

24. November 2021

EILMELDUNG: Koalitionsvertrag und Kultur - Freude und Trauer liegen eng beieinander

Viele Forderungen des Kulturrates aufgenommen, Bundeskulturministerium kommt nicht

Berlin, den 24.11.2021. Heute Nachmittag wurde der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vorgestellt. Die traurige Nachricht gleich vorab, es wird **kein Bundeskulturministerium geben**. Es bleibt dabei, dass im Bundeskanzleramt eine Staatsministerin für Kultur und Medien arbeiten wird. Das Amt wird an Bündnis 90/Die Grünen gehen. Eine andere wichtige Forderung aus dem Bundestagswahlkampf wurde aufgenommen, das **Staatsziel Kultur soll im Grundgesetz** verankert werden.

- **Strukturen:** Es soll ein **Plenum** der Kultur etabliert werden, an dem Länder, Kommunen, Kulturproduzenten, Verbände und Zivilgesellschaft (!) beteiligt werden, um die Kooperation zu verbessern. Für die **Kultur- und Kreativwirtschaft soll ein Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin** bei der Bundesregierung verankert werden. Eingerichtet werden soll eine zentrale **Anlaufstelle „green culture“** sowie ein **Kompetenzzentrum für digitale Kultur**. Eine „**Bundesstiftung industrielles Welterbe**“ soll eingerichtet werden. Ein Sonderprogramm „**Globaler Süden**“ soll geschaffen werden.

Als weitere wichtige Themen werden unter anderem benannt:

- **Verbesserung der sozialen Lage:** Hier soll dem Gender Pay Gap entgegengewirkt und bspw. die Amtszeit in Jurys begrenzt werden. Es soll eine **Berichterstattung zur sozialen Lage** geben und **Mindesthonorierungen** in Förderrichtlinien des Bundes aufgenommen werden. **Soloselbständige und hybrid Beschäftigte** sollen besser abgesichert und die **Künstlersozialkasse** finanziell stabilisiert werden.
- **Kulturförderung:** Die **Neustart-Programme** sollen fortgeführt werden, um den Übergang aus der Pandemie abzusichern. Die **Kulturstiftung des Bundes** und die **Bundeskulturfonds** sollen als Innovationstreiber gestärkt werden. Besonderes Augenmerk soll auf den ländlichen Raum gerichtet werden.
- **Urheberrecht:** Es soll einen fairen **Interessenausgleich** geben, faire

24. November 2021

Rahmenbedingungen für **E-Lending** in Bibliotheken und die Vergütungssituation für **creative und journalistische Inhalte** verbessert werden.

- **Medien:** Die Kohärenz zwischen **Europa-, Bundes- und Landesrecht** soll optimiert werden. Dies soll in einer Bund-Länder-AG erfolgen. Die flächendeckende Versorgung mit **periodischen Presseerzeugnissen** soll gewährleistet und ggfs. gefördert werden. **Hassrede und Desinformation** sollen bekämpft werden.
- **Erinnerungskultur:** Das Bundesprogramm „**Jugend erinnert**“ soll verstetigt und modernisiert werden. Die **Restitution von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut** soll verbessert werden. Die **Bundesstiftung Aufarbeitung** soll gestärkt werden.
- **Koloniales Erbe:** Die Digitalisierung und Provenienzforschung zu **Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten** soll vorangetrieben werden. Die Rückgabe von Objekten aus kolonialen Kontexten soll unterstützt werden.
- **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik:** Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik soll weiter gestärkt, flexibilisiert und über Ressortgrenzen koordiniert werden. Die **Mittlerorganisationen** sollen gestärkt und ihnen in der kulturellen Bildung neue Präsenzformate in Deutschland ermöglicht werden. Hervorgehoben wird die **Aussöhnung mit Namibia**, die in einem gemeinsamen Prozess der Aufarbeitung münden soll.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: „Nun ist die Katze aus dem Sack, der Koalitionsvertrag liegt auf dem Tisch. Sehr bedauerlich ist, dass kein Bundeskulturministerium eingerichtet wird. Ansonsten werden viele von unseren Forderungen aufgegriffen. Besonders wichtig sind dabei die Verbesserung der sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler, die Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie der Ausbau der Bundeskulturfonds und der Bundeskulturstiftung zu Innovationstreibern. Der Kulturbereich ist durch die Pandemie tief getroffen, die Setzung von kulturfreundlichen Rahmenbedingungen auf der Bundesebene war noch nie so wichtig wie heute. Die Verantwortung für die Bundeskulturpolitik liegt in der kommenden Bundesregierung zum

Pressemitteilung

24. November 2021

ersten Mal in der Verantwortung von Bündnis 90/Die Grünen. Wir wünschen für diese wichtige Arbeit viel Erfolg.“

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat